



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 5 0 - 0 0 0 2
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **Planstellen Fallmanagement Jugend**
Anlage/n siehe Seite 3

Dezernat(e) II

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

G o ß m a n n

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Beschluss Nr. 0220 vom 14.07.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung die bis dahin von der Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden (AGT) wahrgenommenen Aufgaben (Fallmanagement Jugend im SGB II) dem Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge, Kommunales Jobcenter übertragen. Gemäß Ziffer 2.4 des o.a. Beschlusses wurde Dezernat II/50 in Verbindung mit Dezernat III/11 beauftragt, mit einer weiteren Sitzungsvorlage die ab 2017 erforderlichen Planstellen zum Stellenplan 2018/2019 zu beantragen.

Anlagen:

Anlage 1: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0220 vom 14.07.2016

Anlage 2: Übersicht Personal Betriebsübergang

Anlage 3: Aufstellung VZÄ Fallmanagement bzw. Leistungssachbearbeitung

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 Die nachfolgenden Planstellen werden budgetneutral geschaffen.
 - 1.2 Das ehemals bei der AGT unbefristet beschäftigte Personal ist mittlerweile im Rahmen eines Betriebsübergangs bei der Landeshauptstadt Wiesbaden angestellt; für diese Mitarbeitenden werden Planstellen geschaffen.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 In der Arbeitsgruppe 500317 Fallmanagement Jugend werden zum Stellenplan 2018/2019 insgesamt 15 Planstellen im Umfang 1,0 VZÄ (E 9 c TVöD, Kostenstelle 1300268) für die Aufgabe Fallmanagement geschaffen.
 - 2.2 In der Arbeitsgruppe 500317 Fallmanagement Jugend wird zum Stellenplan 2018/2019 eine Leitungsstelle (E 10 TVöD, Kostenstelle 1300268) geschaffen.
 - 2.3 In der Arbeitsgruppe 500317 Fallmanagement Jugend wird zum Stellenplan 2018/2019 eine Assistenzstelle (E 8 TVöD, Kostenstelle 1300268) geschaffen.
 - 2.4 In der Abteilung 5003 kommAV wird eine Stelle „Trainer“ (E 10 TVöD, Kostenstelle 1300268) geschaffen.
 - 2.5 In der Abteilung 5003 kommAV wird bei 500332 Arbeitgeberservice zum Stellenplan 2018/2019 eine Planstelle (E 9 c TVöD, Kostenstelle 1300268) geschaffen.
 - 2.6 Eine Besetzung der Planstellen ist vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplanes 2018/2019 möglich. Dezernat II/50 wird in Verbindung mit Dezernat III/11 mit der Umsetzung beauftragt.

D Begründung

Für das mittlerweile bei der Landeshauptstadt Wiesbaden beschäftigte Personal der AGT sollen zum kommenden Stellenplan 2018/2019 Planstellen geschaffen werden. In einem ersten Schritt werden lediglich Planstellen für die vom Betriebsübergang tangierten Mitarbeitenden geschaffen. Erst dann, wenn über einen längeren Zeitraum Erfahrungswerte über die erwarteten Synergieeffekte vorliegen (z. B. kann dauerhaft ausreichend im Rahmen der Datenqualität bzw. Datenanalyse auf 500411 Team Daten zurückgegriffen werden? Oder wie stellen sich konkret die operativen Auswirkungen der nunmehr besetzten Sachgebietsleitungs-Stelle bei 500310 FM dar?) soll eine Festlegung für einen Fallschlüssel im Bereich FM-Jugend erfolgen.

Zurzeit stehen für die komplette Abteilung 5003 kommAV zwei Planstellen „Trainer“ zur Verfügung, die Mitarbeitenden sind erkennbar überlastet. Daher soll im Zuge des Betriebsübergangs die ehemals bei der AGT als Trainer beschäftigte Mitarbeiterin zusammen mit den beiden anderen Trainerinnen unmittelbar bei der Abteilungsleitung 5003 (und nicht in der AG Fallmanagement Jugend) angesiedelt sein. Der Aufgabenzuschnitt Fallmanagement (FM) Trainer ist vergleichbar mit dem der Trainer bzw. Trainerinnen bei 5002 Materielle Leistungen SGB II (LS). Bei 5003 kommAV sind zurzeit ca. 96 VZÄ FM, bei 5002 Materielle Leistungen SGB II ca. 132 VZÄ LS beschäftigt.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden,

19. Januar 2017

50

Werner (4404/WW)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)

Goßmann
Bürgermeister